

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Motion der SVP Fraktion: Politische Neutralität und Ausgewogenheit beim Unterricht an den Basellandschaftlichen Schulen**

Autor/in: [Thomas de Courten](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 26. November 2009

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

In § 2 des Bildungsgesetzes wird in Ziffer 1 unter Ziel der Bildung u.a. festgehalten:

"Das Bildungswesen weiss sich der christlichen, humanistischen und demokratischen Tradition verpflichtet".

Nicht nur im Vorfeld der Abstimmung über die Minarettinitiative sondern seit Jahren lässt sich feststellen, dass ein Teil der Lehrerschaft in BL sich nicht an die politische Neutralität und Ausgewogenheit beim Unterricht an den Basellandschaftlichen Schulen hält. Diese ist pikanterweise auch im Bildungsgesetz nirgends explizit erwähnt, sondern höchstens im § 2 des eingangs erwähnten § 2 BG indirekt ableitbar. Seit langem sind Fälle von politischen Beeinflussungsversuchen an den Schulen bekannt. Konkrete Fälle sind aktenkundig, wonach vor der Minarettabstimmung, Schüler an den Gymnasien und an den Volksschulen von ihren Lehrern angehalten wurden, ihre Eltern bei der Stimmabgabe zu beeinflussen. Als weitere Facette wurden die Eltern von Schülern in den Kindergärten und in der Primarschule in Birsfelden mit einer "Türkenwoche" überrumpelt. Während der Unterrichtszeit wurde eine Moschee in Basel besucht und die Mädchen mit Kopftüchern versehen. An einzelnen Gymnasien wurden im Geschichtsunterricht politische Beeinflussung vorgenommen. Einen zusätzlichen deutlichen Hinweis geben auch die regelmässig durchgeführten Podien bei politischen Links-Rechts-Abstimmungsgeschäften im Gymnasium Münchenstein. Die erfolgreiche politische Instruktion ist bei der Meinungsäusserung der überwiegenden Mehrheit der Gymnasiasten an diesen Podien unübersehbar - jüngstes Beispiel das Podium zur Minarettabstimmung vor zwei Wochen. In einer Landratsdebatte hat sich sogar der Bildungsdirektor dahin geäussert, die Lehrer sollten zu politischen Sachgeschäften gegenüber der Schülerschaft eine eigene Meinung äussern. Dies wäre insofern zu begrüssen, wenn dabei die Ausgewogenheit gewährleistet wäre. Aber angesichts der Tatsache, dass über 70% der Lehrerschaft der Linken zugeordnet werden kann, ist diese Aussage des Bildungsdirektors eine Unterstützung in eigener Sache und nichts anderes. **Es ist nicht Aufgabe der Schulen, nebst dem Lehrauftrag politische Ideologien zu vermitteln.** Dies widerspricht entschieden dem Grundsatz der Objektivität und der Meinungsfreiheit. Vor allem - wie von Elternberichten zu erfahren ist - wenn bei Widerrede die betreffenden Schüler in verschiedener Weise darunter zu leiden haben. Eine derartige Entwicklung im Schulwesen ist nicht tolerierbar und es ist jetzt Zeit, dies gesetzlich im Bildungsgesetz zu verankern, damit Sanktionen und Korrekturen rechtlich möglich sind.

://: Der Regierungsrat wird aufgefordert, eine Vorlage zu erstellen, wonach die Verpflichtung zur politischen Neutralität und Ausgewogenheit beim Unterricht an den Basellandschaftlichen Schulen im Bildungsgesetz verankert wird.